

## **Antrag des Integrationsrates an den Rat der Kreisstadt Unna**

### **Zusätzliche einmalige Aufnahme von Flüchtlingen aus griechischen Flüchtlingscamps**

Der Rat der Stadt Unna soll die Stadtverwaltung ermächtigen, eine mögliche aufnahmeverpflichtung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) oder den Vorschriften des SGB VIII für Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) hinaus, einmalig Flüchtlinge im Rahmen der Initiative der NRW-Städte, die sich zu einem „Sicheren Hafen“ erklärt hatten, zusätzlich aufzunehmen

Der Rat der Kreisstadt Unna soll sich zu dem Vorschlag, der beim jüngsten Treffen von 16 NRW-Städten des Bündnisses "Städte Sichere Häfen" in Bielefeld besprochen wurden die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen bitten, diese Menschen ohne Anrechnung auf die Erstverteilungsquote (EASY) in NRW aufzunehmen. Die Stadt Unna erklärt sich zugleich bereit, die Geflüchteten nach Abschluss des Asylverfahrens in Höhe des erklärten Kontingents ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote unterzubringen.

Hierfür soll die Bundesregierung ein gesondertes Verfahren zur Übernahme nach Deutschland mit der griechischen Regierung aushandeln. Auch viele andere Bündnis-Städte wollen unbegleitete Minderjährige aus einem solchen Programm zusätzlich aufnehmen.

Unna war und ist eine solidarische Stadt, die auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen immer einer humanitären Linie gefolgt ist.

Das Schicksal der Kinder in den Camps darf niemanden kalt lassen, hier müssen Europa und auch die Bundesrepublik so schnell wie möglich eingreifen. den Kindern in den Camps in besonders prekären Situationen muss dringend geholfen werden.

Wir fordern, dass die Stadt einen Beschluss des Rates umsetzt und sich für die schnelle Aufnahme geflüchteter Kinder einsetzt, die momentan vor allem in Griechenland unter katastrophalen Umständen in Lagern festsitzen. Der Rat hatte Initiative SEEBRÜCKE Unna zum Sicheren Hafen erklärt. Damit hatte sich die Stadt bereit erklärt zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen.

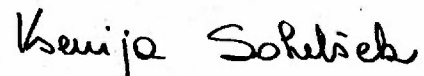
Aktuell sitzen auf den griechischen Inseln mehr als 40.000 Flüchtlinge in menschenunwürdigen, überfüllten Lagern fest - unter ihnen auch etwa 4000 Kinder ohne Eltern. Es ist eine Schande für die Europäische Union, dass es nicht gelingt, eine schnelle Lösung für die Aufnahme dieser Menschen in den EU-Mitgliedsstaaten zu finden. Wir sind der Auffassung, dass man dem Leid nicht tatenlos zusehen darf, bis eine gesamteuropäische Lösung gefunden wurde und schließen uns dem bundesweit diskutierten Vorschlag an, zusätzlich Flüchtlinge und insbesondere Kinder aus Griechenland in Deutschland aufzunehmen. Unna sollte sich gemeinsam mit anderen Städten, die sich zum Sicheren Hafen erklärt haben, klar positionieren und Ihre Aufnahmebereitschaft signalisieren zusätzlich akut lebensbedrohte Flüchtlinge aufzunehmen.

Unna hat den vergangenen Jahren gezeigt, wie Solidarität bei der Aufnahme von Geflüchteten geht. Viele Bürgerinnen und Bürger waren und sind aktiv in der ehrenamtlichen Hilfe und ihrer

Unterstützung. Bei einem bundesweiten Sofortprogramm sind wir sicher, dass auch die Aufnahme einiger zusätzlicher geflüchteter Kinder für die Stadt kein Problem ist.

Rechtlich kann letztendlich nur die Bundesregierung über eine zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen entscheiden. Städte können sich dazu aber klar Positionieren und damit Druck für eine solche Entscheidung auf der Bundesebene zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Ksenija Sakešek". The script is cursive and somewhat informal.

Ksenija Sakešek

Vorsitzende des Integrationsrates der Kreisstadt Unna